

Mainz, 23.01.2014

Antrag **0754/2010/1 zur Sitzung Stadtrat am**

Gemeinsamer Änderungsantrag zum Antrag 0754/2010 Schutz vor Gesundheitsgefahren durch Fluglärm - Einbeziehung der Gesundheitsbehörden Rheinland-Pfalz (CDU/ödp/Freie Wähler)

Der Stadtrat möge beschließen:

Wir fordern ein absolutes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr und lehnen den geplanten Ausbau des Frankfurter Flughafens ab.

Wir fordern die hessische Landesregierung auf, sich an das Versprechen Ihres Ministerpräsidenten und das Ergebnis des Mediationsverfahrens zu halten, welches ein absolutes Nachtflugverbot von 23 Uhr bis 5 Uhr vorsieht.

Wir fordern die rheinland-pfälzische Landesregierung auf, die Landeshauptstadt Mainz in ihrem Kampf gegen die weitere Zunahme des Fluglärms zu unterstützen.

Der Mainzer Stadtrat setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, dass die derzeitige Form des § 29b LuftVG erhalten bleibt.

Begründung:

Fluglärm hat gesundheitliche Auswirkungen. 25% der Bevölkerung fühlen sich bei einem Pegel von 55 dB(A) hochgradig belästigt. Studien legen vor allem Zusammenhänge mit dem Auftreten von Bluthochdruck in Abhängigkeit von nächtlichem Fluglärm und Lernstörungen bei Kindern nahe. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sind Fluglärm bereits jetzt in besonderem Ausmaß ausgesetzt. Dennoch planen die hessische Landesregierung und die Bundesregierung Maßnahmen, die zu weiterer Zunahme von Fluglärm in Mainz am Tag und in der Nacht führen werden.

Oliver Sucher
Fraktionsvorsitzender SPD-Stadtratsfraktion

Katrin Eder
Fraktionssprecherin Bündnis 90/Die Grünen

Christopher Sitte
Fraktionsvorsitzender FDP-Stadtratsfraktion